

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Grosse Parteien, Migrationspolitik
Akteure	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)
Prozesstypen	Anderes
Datum	01.01.1998 - 01.01.2018

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Bühlmann, Marc
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Grosse Parteien, Migrationspolitik, Anderes, Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), 2002 – 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Regierungspolitik	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	2
Grosse Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

UVEK Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

WAK-NR Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats

GSoA Gruppe für eine Schweiz ohne Armee

DETEC Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

CER-CN Commission de l'économie et des redevances du Conseil national

GSsA Groupe pour une Suisse sans Armée

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Regierungspolitik

ANDERES
DATUM: 31.12.2016
MARC BÜHLMANN

Die **von-Wattenwyl-Gespräche** dienen den Parteispitzen als wichtige Möglichkeit des Austausches. In der Regel trifft sich eine Delegation des Bundesrates mit den Partei- und Fraktionspräsidenten der Regierungsparteien, um zentrale Geschäfte und Anliegen im Vorfeld der Sessionen zu diskutieren und zu koordinieren. Im Gegensatz zu 2015 war die BDP nach dem Ausscheiden von Eveline Widmer-Schlumpf nicht mehr an die Gespräche eingeladen.

Die Themen blieben bei den ersten Gesprächen Anfang Februar allerdings dieselben wie schon 2015: Die Legislatur- und Finanzplanung sowie die Umsetzungsarbeiten zum Verfassungsartikel 121a (Steuerung der Zuwanderung) und die Flüchtlingssituation in Europa und der Schweiz.

Zu den zweiten Gesprächen im Mai 2016 traten die Parteien mit drei neuen Präsidien an. Bei der FDP hatte Petra Gössi das Zepher übernommen, die CVP wurde neu von Gerhard Pfister präsiert und bei der SVP war Albert Rösti neu an die Parteispitze gewählt worden. Gegenstand der Diskussionen war der Sprachenstreit, der durch die Diskussionen um den Frühsprachunterricht in den Kantonen angeheizt worden war. Im Bereich der internationalen Finanzpolitik wurde die Vermeidung eines möglichen Reputationsschadens für die Schweiz durch die Übernahme internationaler Regulierungen diskutiert. Schliesslich informierte der Bundesrat über die Weiterentwicklung der Armee.

Im August wurde auf Anregung von Bundeskanzler Thurnherr entschieden, die von-Wattenwyl-Gespräche des dritten Quartals künftig in Form einer Klausur durchzuführen. An der nach wie vor freien und informellen Diskussion über wichtige politische Anliegen soll neu der Gesamtbundesrat teilnehmen. Damit soll den Gesprächen ein höherer Stellenwert zugemessen werden. Der früher substanzielle Austausch, der als Zeichen der funktionierenden Konkordanz bewertet wurde – die NZZ sprach von einem eigentlichen Schmiermittel der Konkordanz –, laufe immer mehr Gefahr, ein Leerlauf zu werden oder zu reinen Alibi-Gesprächen zu verkommen. Die einzige Möglichkeit für ein Treffen zwischen Regierung und Bundesratsparteien sei aber wichtig, um Möglichkeiten und Strategien auszuloten. Fix auf der Agenda soll eine Diskussion über die Jahresziele des Folgejahres stehen.

Erstmals trat die Exekutive also am 2. September 2016 in corpore zu den Gesprächen an. Neben den Jahreszielen 2017 des Bundesrates, die Schwerpunkte in der Finanzpolitik, im Infrastrukturbereich, der Bildung und der Europapolitik vorsehen, wurden die Lage im Asylwesen und die durch den Brexit schwieriger gewordenen Verhandlungen mit der EU diskutiert.

Bei den letzten Gesprächen des Jahres Mitte November nahm dann wieder nur eine Delegation des Bundesrates teil. Ueli Maurer informierte über die finanzpolitische Lage und plädierte für eine Annahme des Stabilisierungsprogramms 2017-2019. Im Rahmen der Europapolitik wurde auch über die im Dezember anstehende Entscheidung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die Rasa-Initiative und den Brexit diskutiert.¹

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

ANDERES
DATUM: 09.12.2002
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung vom Dezember fassten die Sozialdemokraten die **Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2003**: Nein zur Reform der Volksrechte, welche unter anderem die Einführung einer Einheitsinitiative vorsieht (wobei die SP mit der ihrer Ansicht nach zu hohen Unterschriftenzahl nicht einverstanden war) und Ja zur Anpassung der kantonalen Beiträge für die innerkantonalen Spitalbehandlungen. Nach einer angeregten Diskussion über die von der Leitung der Post im Oktober angekündigte Reorganisation und Reduktion der Briefzentren verabschiedeten die Sozialdemokraten eine Resolution "für einen guten Service public", welche vom Bundesrat den Verzicht auf die geplante Absenkung der Monopolvergütung bei der Briefpost verlangt. Hauptereignis des Parteitags bildete jedoch der Auftritt der wenige Tage zuvor zur Bundesrätin gewählten Micheline Calmy-Rey.²

ANDERES
DATUM: 22.06.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Unterschiedliche Positionen bezogen Parteileitung und Basis zu einer Volksinitiative gegen **Kriegsmaterialexporte**, die Grünen und die „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ (GSoA) lanciert hatten. Die Geschäftsleitung hatte die Initiative bereits im Vorfeld der Delegiertenversammlung abgelehnt, da ein Grossteil derartiger schweizerischer Exporte in die europäischen Nachbarstaaten gehe und somit ein Beitrag zur kollektiven Sicherheit darstelle. Ausserdem verwies die Parteiführung darauf, dass eine weitere Initiativbeteiligung die Kapazitäten der SP überstrapazieren würde. Mit einem engagierten Plädoyer gelang es Nationalrat Remo Gysin (BS) jedoch, die Anwesenden zur beinahe einstimmigen Unterstützung der Volksinitiative gegen Kriegsmaterialexporte zu bringen. Schliesslich lehnten die Delegierten ohne Gegenstimmen die Asyl- und Ausländergesetze ab, während sie ebenso einmütig die Ja-Parole zur Kosa-Initiative fassten.³

ANDERES
DATUM: 13.10.2010
MARC BÜHLMANN

Für einen Eklat sorgte SP-Präsident Christian Levrat, der – unzufrieden mit der **Departementsverteilung** nach den Bundesratsersatzwahlen – den Präsidenten der FDP Fulvio Pelli der Lüge bezichtigte. Die FDP hätte versprochen, dass sie einen Departementswechsel der Bundesräte Maurer und Widmer-Schlumpf verhindern würde und einer Sitzverteilung nach dem Anciennitätsprinzip nicht entgegenstehen würde, unter der Bedingung, dass die SP den FDP-Bundesratssitz unterstützte. Beide Versprechen hätten die Freisinnigen nicht eingehalten. Die grosse Rochade bei der Departementsverteilung hatte zur Folge, dass die SP nicht nur das Uvek an die CVP abgeben musste, sondern auch, dass Bundesrätin Sommaruga als Konsumentenschützerin nicht das Volkswirtschaftsdepartement erhielt, sondern als Nichtjuristin das EJPD übernehmen musste. Pelli seinerseits kündigte eine Verleumdungsklage gegen Levrat an. Die Causa Levrat-Pelli beschäftigte die Presse einige Tage lang, bevor der Streit Mitte Oktober mit einer dürren Medienmitteilung beigelegt wurde.⁴

ANDERES
DATUM: 03.10.2011
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung in Biel Anfang Oktober beauftragten die Parteimitglieder ihre Spitze, dafür zu sorgen, dass der **Kampfflugzeugkauf** mit einer Volksabstimmung entschieden werde, egal ob mittels Referendum oder Initiative. In der Folge sammelte die SP Unterschriften für eine Petition gegen neue Kampfjets.⁵

ANDERES
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Ihr Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen wertete die SP als Erfolg. Im Vergleich zu den Wahlen 2007 büsste sie zwar bei den **Nationalratswahlen** erneut Wählerstimmen ein (-0,8 Prozentpunkte). Der Wähleranteil von 18,7% bedeutete das drittschlechteste Resultat in ihrer Geschichte. Nur 1987 (18,4%) und 1991 (18,5%) hatte sie schlechter abgeschnitten. Allerdings konnte sie die Verluste nicht nur begrenzen – bei den Wahlen 2007 hatten die Sozialdemokraten noch 3,8 Prozentpunkte eingebüsst – sondern dank Proporzglück auch in drei Sitzgewinne gegenüber 2007 ummünzen. Nimmt man die Anzahl Sitze unmittelbar vor den Wahlen als Ausgangspunkt, resultierte gar der Gewinn von fünf Mandaten. Während der Legislatur hatte die SP nämlich den Glarner Sitz des zurückgetretenen Werner Marti an die BDP verloren und einen Berner Sitz hatte sie aufgrund des Parteiaustritts von Ricardo Lumengo eingebüsst. Sitze gewinnen konnte die SP in den Kantonen Waadt (+2), Freiburg, Solothurn, und Wallis (je 1). Allerdings mussten die Genossen im Tessin und, wie erwähnt, in Glarus einen

Sitzverlust hinnehmen. Insgesamt verfügte die SP damit im Nationalrat neu über 46 Mandate. An Wähleranteilen zulegen konnten die Sozialdemokraten insbesondere in den Kantonen Freiburg, St. Gallen und in der Waadt. Grössere Verluste musste die SP hingegen in den Kantonen Zug, Basel-Stadt, Graubünden und Jura hinnehmen. In vier Kantonen ging die SP als wählerstärkste Partei hervor: in Freiburg (26,7%), in Basel-Stadt (29,1%), in der Waadt (25,2%) und in Genf (19,1%). In der Romandie (23,2%) verfügte die SP denn auch über eine grössere Wählerschaft als in der deutsch- (17,6%) und in der italienischsprachigen Schweiz (16,8%).⁶

ANDERES

DATUM: 22.11.2013
MARC BÜHLMANN

Zur Legislaturhalbezeit zog die SP-Fraktion eine positive Bilanz. In zahlreichen Bereichen hätte eine informelle **Mitte-links-Allianz** gespielt. Der einstmals starre Bürgerblock existiere vor allem auch im Ständerat, in dem die SP mit elf Sitzen so viele Mandate wie noch nie zuvor innehatte, nicht mehr. Beklagt wurde allerdings auch, dass die FDP anders als früher nicht mehr für eine Mitte-links-Zusammenarbeit zu gewinnen sei. Präsident Levrat bezeichnet die Freisinnigen Ende Juni als „blasse Kopie der nationalkonservativen SVP“. Bei den Wahlen 2015 müsse verhindert werden, dass die SVP und die FDP vier Regierungssitze erhalten.⁷

ANDERES

DATUM: 23.11.2013
MARC BÜHLMANN

In der **Migrationspolitik** hatte sich die SP bereits im Vorjahr stärker positioniert. Zu parteiinternen Auseinandersetzungen kam es dann allerdings aufgrund der Asylgesetzrevision. Die SP hatte – unter Protest der Juso – beschlossen, das Referendum nicht zu unterstützen. Freilich wurde Anfang Februar dann mit 170 zu 2 Stimmen die Nein-Parole gegen die Revision beschlossen; man müsse, obwohl die Abstimmung nicht zu gewinnen sei, mit einem möglichst hohen Nein-Stimmen-Anteil ein Zeichen setzen. Die VOX-Nachbefragung zur Asylgesetzrevision zeigte dann allerdings, dass die SP-SympathisantInnen nur in 54% der Fälle ein Ja eingelegt hatten. Die Presse argwöhnte in der Folge, dass die SP-Parteileitung in der Asylpolitik an der eigenen Basis vorbeipolitisiere. Gegen die 2014 zur Abstimmung stehende SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ wollte sich die SP laut eigener Ankündigung stärker engagieren. Die Initiative „aus der Giftküche der SVP“ taue weder zur Bekämpfung von Lohndumping noch zur Verhinderung hoher Mieten. Siehe auch Artikel 33761.⁸

ANDERES

DATUM: 27.11.2013
MARC BÜHLMANN

Dank der Annahme der Abzockerinitiativstand auch die SP, die als einzige Bundesratspartei ein Ja empfohlen hatte, als Siegerin da. Bereits Anfang Februar hatte Parteipräsident Christian Levrat darauf hingewiesen, dass die SP die einzige Partei sei, die geschlossen hinter dem Begehren stehe. Umfragen würden zudem zeigen, dass rund 80% der SP-Wählerschaft die Initiative annehmen werde. Der tatsächliche Erfolg an der Urne wurde als historische Chance für soziale Initiativprojekte und als Initialzündung für weitere lohnpolitische Anliegen wie etwa die 1:12- oder die Mindestlohninitiative interpretiert. Auch die von der SP mitlancierte Erbschaftssteuerinitiative soll als Wegmarke hin zu mehr **sozialer Gleichheit** betrachtet werden. Von Seiten der Wirtschaft wurde die SP scharf attackiert. Ihre Begehren seien ein Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz. Allerdings erlitten die Genossen aufgrund der relativ deutlichen Ablehnung der von der Juso eingereichten 1:12-Initiative noch im Berichtsjahr einen ersten Dämpfer.⁹

ANDERES

DATUM: 29.11.2013
MARC BÜHLMANN

Zu einer fraktionsinternen Auseinandersetzung kam es bei der Wahl des **Kommissionspräsidiums für die WAK**, die einflussreiche Kommission für Wirtschaft und Abgaben, auf das die SP turnusgemäss Anspruch hat. Die Fraktionsleitung schlug Prisca Birrer-Heimo (LU) vor, doch Susanne Leutenegger Oberholzer (BL), selber seit Jahren führende Wirtschaftspolitikerin in der SP und seit zwei Jahren Vizepräsidentin der WAK, stellte ebenfalls Ansprüche auf das Amt. Bei der Kampfwahl setzte sich Leutenegger Oberholzer schliesslich durch.¹⁰

ANDERES
DATUM: 16.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die Delegierten der **Juso** wählten Ende Berichtsjahr Dario Schai zum neuen Zentralsekretär. David Roth, der Präsident der Jungsozialisten und Vizepräsident der Mutterpartei, machte Mitte April von sich reden, als er sich via Facebook über den Tod der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher freute. Während die einen den Eintrag als ungeschickt bezeichneten und darauf hinwiesen, dass Jungparteien auch mal provozieren dürften, forderten andere den Rücktritt Roths aus dem Luzerner Kantonsrat. Ende September gab Roth bekannt, per März 2014 sein Amt als Juso-Präsident zur Verfügung zu stellen. Der Juso wurde im Berichtsjahr wachsender Einfluss attestiert; nicht nur aufgrund erfolgreicher Lancierungen von Volksbegehren – Ende September konnte die Jungpartei nach nur 11 Monaten Sammelfrist die nötigen Unterschriften für die Initiative „keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ einreichen – sondern auch aufgrund der Wirkung innerhalb der eigenen Partei. Die ausgefeilte Taktik wurde dabei insbesondere mit dem bis 2011 als Juso-Präsident amtierenden Vorgänger von Roth, Cédric Wermuth (AG), in Verbindung gebracht.¹¹

ANDERES
DATUM: 30.01.2014
MARC BÜHLMANN

In die Schlagzeilen geriet **FDP**-Bundesrat Johann **Schneider-Ammann**. Seine frühere Firma, die Ammann-Gruppe, hatte eine Viertelmilliarde Franken in Jersey und Luxemburg parkiert, um Steuern zu sparen. Zwar kamen die Berner Behörden, die die Affäre untersuchten, zum Schluss, dass dies mit dem Segen der kantonalen Steuerbehörden geschehen war. Die eidgenössische Steuerverwaltung wies – in einer vertraulichen Aktennotiz, die der Öffentlichkeit zugespield wurde – allerdings darauf hin, dass es sich in Jersey und Luxemburg um Briefkastenfirmen gehandelt habe. Die Versteuerung hätte folglich in der Schweiz stattfinden müssen. In einem Interview mit dem "Blick" sagte Schneider-Ammann, dass Steueroptimierung etwas sehr schweizerisches sei, solange es mit dem Segen der Behörden geschehe. Zwar konnte dem Magistraten kein strafrechtliches Vergehen nachgewiesen werden, die Aussage im "Blick" warf aber hohe Wellen, da man von einem Bundesrat moralisches Verhalten erwarte. Nicht wenige, vor allem linke, Stimmen forderten gar den Rücktritt des Bundesrates und die Juso bezeichnete Schneider-Ammann als Steuerhinterzieher. Die FDP wehrte sich gegen die ‚politisch motivierte Hetzjagd‘ und die widerrechtliche Herausgabe von vertraulichen Informationen und störte sich an rückwirkenden Untersuchungen von Abmachungen zwischen Steuerbehörde und Unternehmen. Das ganze Vorgehen sei immer transparent gewesen und es gehe nicht an, rechtsstaatlich gesicherte Abmachungen im Nachhinein zu hinterfragen.¹²

ANDERES
DATUM: 22.02.2014
MARC BÜHLMANN

Die **SP-Frauen** wandten sich gegen ihren Bundesrat Alain Berset, indem sie dessen Pläne für eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 ablehnten, welche Bestandteil von dessen Rentenreform sind. Ein einheitliches Rentenalter von Mann und Frau sei erst akzeptierbar, wenn auch Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf umgesetzt sei, entschieden die SP-Frauen an ihrer Konferenz im Februar.¹³

ANDERES
DATUM: 15.03.2014
MARC BÜHLMANN

Bei den **JungsozialistInnen (Juso)** wurde der scheidende Präsident David Roth (LU) Mitte März in Bern durch den mit 161 zu 78 Stimmen neu gewählten Fabian Molina (ZH) ersetzt. Molina war der einzige Kandidat. Er ist nationaler Jugendsekretär der Gewerkschaft Unia, Gemeindeparlamentarier in Illnau-Effretikon (ZH) und studiert an der Universität Zürich. Im Vorfeld der Wahl war kritisiert worden, dass keine Frau angetreten war. Molina will die radikale und provokative Linie seiner Vorgänger – Cedric Wermuth (AG) und David Roth – weiterführen. Ende Jahr wurde Molina an der Delegiertenversammlung der Juso in Schaffhausen zudem von den JungsozialistInnen per Resolution zum SP-Vizepräsidenten nominiert. Per Ende Februar 2015 wird David Roth von diesem Posten, der aufgrund einer ungeschriebenen Regel jeweils den Juso zugerechnet wird, zurücktreten.¹⁴

ANDERES
DATUM: 05.04.2014
MARC BÜHLMANN

Die **SP**, die als einzige Regierungspartei laut Parteiprogramm den EU-Beitritt anstrebt, engagierte sich bei den **Europawahlen**. Man wolle einerseits zeigen, dass man mit der jetzigen, von Konservativen angeführten EU nicht einverstanden sei. Deshalb wolle die SP andererseits ihren europäischen Schwesterparteien helfen und die rund 1,2 Mio. in der Schweiz wohnhaften Wahlberechtigten für eine sozialdemokratische Idee von Europa mobilisieren. Freilich hielt sich das Engagement in Grenzen: Auftritte im Internet und in den sozialen Medien, das Verteilen von Flyern und ein Wahlmeeting am 5. April in Bern, zu dem sozialdemokratische Kandidierende aus Deutschland,

Frankreich, Italien und Portugal eingeladen wurden, waren der Beitrag der SP.¹⁵

ANDERES
DATUM: 12.05.2014
MARC BÜHLMANN

Dass die **SP** die einzige Partei bleibt, die einen EU-Beitritt fordert, zeigte sich auch im Umstand, dass sie in der **Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs)** das neue Präsidium stellt. Nach dem Rücktritt von Christa Markwalder (fdp, BE) war keine bürgerliche Vertreterin der im Nachgang der EWR-Abstimmung gegründeten europafreundlichen Organisation mehr im Vorstand. Mit Martin Naef (ZH, sp) und François Cherix (VD, sp) standen der Bewegung, die seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative wieder an Mitgliedern gewonnen hatte, zwei SP-Politiker vor – flankiert von Aline Trede (gp, BE), Sabrina Hofer und Sebastian von Graffenried.¹⁶

ANDERES
DATUM: 28.06.2014
MARC BÜHLMANN

Ein Wechsel an der Spitze der **SP** scheint für die nächste Zeit nicht geplant zu sein. An der Delegiertenversammlung Ende Juni in Winterthur wurden der seit 2008 amtierende **Parteipräsident** Christian Levrat und das fünfköpfige Vizepräsidium, bestehend aus Jacqueline Fehr (ZH), Barbara Gysi (SG), Géraldine Savary (VD), Marina Carobbio Guscetti (TI) und David Roth (LU) wiedergewählt. Levrat gab bekannt, sich auch nach den Wahlen 2015 weiterhin als Präsident zur Verfügung zu stellen. Er wurde von der SP des Kantons Freiburg Ende Jahr auch wieder als Ständeratskandidat nominiert.¹⁷

ANDERES
DATUM: 02.07.2014
MARC BÜHLMANN

Auf der Suche nach alternativen Einnahmen – laut Co-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen waren 2013 gemäss den eigenen Richtlinien rund CHF 500'000 an angebotenen Spenden von Wirtschaftsunternehmen abgelehnt worden – wurde die SP in Form von **Legaten und Erbschaften** fündig. In ihrer Parteizeitung machten die Genossen auf einen Testament-Ratgeber aufmerksam.¹⁸

ANDERES
DATUM: 14.09.2014
MARC BÜHLMANN

In einem Interview mit der „Sonntagszeitung“ Mitte September unterstellte **SP**-Parteipräsident Christian Levrat der SVP „**faschistoide Tendenzen**“ und „mensenverachtende Positionen“. Dies brachte dem Freiburger SP-Ständerat einige Kritik ein. Levrat selber bereute die Aussage nicht. Die SVP setze sich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ein, stelle laufend die Schweizer Institutionen wie Bundesgericht, Bundesrat oder Parlament in Frage und bekämpfe das Asylrecht. Gegen diese gefährliche Radikalisierung, die so vor zwei Jahren noch nicht möglich gewesen wäre, müsse man sich zur Wehr setzen.¹⁹

ANDERES
DATUM: 05.11.2014
MARC BÜHLMANN

Ins Visier der "Weltwoche" und in der Folge auch zahlreicher anderer Medien geriet die Berner **SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen**. Die "Weltwoche" machte die Steuerausweise der letzten paar Jahre der in Bolligen (BE) wohnhaften Sozialdemokratin publik. Im Steuerausweis 2011 wurde für Kiener Nellen und ihren Ehemann ein steuerbares Vermögen von CHF 12,35 Mio. und kein steuerbares Einkommen ausgewiesen. Dies sei zwar nicht illegal, so die Weltwoche, allerdings würde Kiener Nellen seit Jahren gegen Superreiche vorgehen, die sich mit legalen Steuerschlupflöchern bereicherten – nicht zuletzt sei sie eine der vehementesten Kritikerinnen von Bundesrat Schneider-Ammann gewesen, der mit legalen Deals Steuern gespart hatte. Zwar räumte Kiener Nellen rasch ein, einen Fehler gemacht zu haben. Das steuerbare Einkommen von null erkläre sich aus dem gesetzlichen Steuerabzug durch den Einkauf ihres Mannes in die Pensionskasse. Auf lange Sicht fallen so sogar mehr Steuern an, was die Genossin zumindest vom Vorwurf der Steuerersparnis entthob. Es blieb allerdings die Frage, ob die Glaubwürdigkeit der Nationalrätin gelitten haben könnte. In der Sonntagspresse wurde ihr Doppelmoral vorgeworfen. Der "Blick" wollte sogar wissen, dass sich in der Kantonalpartei Widerstand gegen eine erneute Kandidatur Kiener Nellen für die Nationalratswahlen 2015 manifestiere.²⁰

ANDERES
DATUM: 29.11.2014
MARC BÜHLMANN

Für einige Kontroversen innerhalb der **SP** sorgte das neue **Nachrichtendienstgesetz**, das Ende Jahr im Parlament beraten wurde. Die Sozialdemokraten galten bisher zusammen mit den Grünen als vehemente Gegner des „Schnüffelstaates“, wie auch eine Analyse der letzten rund 100 Jahre zum Thema Datenschutz aufzeigte. Mit dem neuen Gesetz sollten dem Nachrichtendienst unter anderem modernere Ermittlungsmethoden ermöglicht werden, wie etwa die so genannten Staatstrojaner – Viren, mit denen fremde Computer ausspioniert werden können. Im Vorfeld der Beratungen gab es einige befürwortende Stimmen aus der SP-Fraktion. Insbesondere die Juso wollte die Mutterpartei aber auf eine traditionell abwehrende Haltung trimmen.²¹

ANDERES
DATUM: 30.11.2014
MARC BÜHLMANN

Die **SP** musste im Berichtsjahr einige **Niederlagen** bei linken wirtschaftspolitischen Volksbegehren einstecken. Der Erfolg bei der Abzockerinitiative, der der SP 2013 noch viel Wind für eigene linke Anliegen verliehen hatte, konnte im Berichtsjahr nicht wiederholt werden. So erlitt etwa die Mindestlohninitiative, die von der SP noch 2013 als weiteres wichtiges Anliegen hin zu mehr sozialer Gleichheit genannt worden war, mit 23,7% Ja-Stimmenanteil regelrecht Schiffbruch. Auch die eigene Initiative für eine Einheitskrankenkasse wurde mit 38,2% Ja-Stimmenanteil relativ deutlich verworfen. Für die Abstimmungskampagne zu dieser Vorlage war laut Parteisprecher Michael Sorg rund eine Viertelmillion Franken investiert worden, wobei rund CHF 40'000 auf ein Extrablatt entfielen, das in einer Auflage von 1 Mio. gedruckt wurde. Erschwerend kam hier hinzu, dass die SP gegen den eigenen Bundesrat Alain Berset antreten musste, der die Regierung als Gesundheitsminister zu vertreten hatte. Schliesslich wurde auch die Initiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung verworfen. Die 40,8% Ja-Stimmen wurden freilich von der SP als Erfolg gewertet, war dieser Anteil doch grösser als das links-grüne Wählersegment. Die Sozialdemokraten wollten die Idee der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Rahmen ihrer Anliegen zur Steuergerechtigkeit (siehe unten) deshalb weiter verfolgen. Für 2015 stand zudem noch die Abstimmung zur Einführung einer Erbschaftssteuer an. Immerhin konnten sich die Genossen über das Nein zur Gripenbeschaffung freuen, einer der seltenen Erfolge von Links gegen eine Armeevorlage.²²

ANDERES
DATUM: 06.12.2014
MARC BÜHLMANN

Die „**Affäre Mörgeli**“ nahm 2014 ihren Fortgang. Die SVP-nahe "Weltwoche" hatte noch Ende 2013 begonnen, eine Fortsetzungsreportage zu verfassen, die über zehn Ausgaben jeweils mehrere Seiten in Anspruch nahm und zum Ziel hatte, den Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli reinzuwaschen und seine Gegnerinnen und Gegner ins Visier zu nehmen: Kathy Riklin (cyp, ZH), die als Mitglied des Universitätsrates mitverantwortlich war für die Freistellung Christoph Mörgelis von seinem Amt als Konservator am Medizinhistorischen Institut der Universität Zürich; Flurin Condrau, ehemaliger Vorgesetzter Mörgelis, oder Regine Aeppli (ZH, sp), Bildungsdirektorin im Kanton Zürich. Auch die "Rundschau" kriegte ihr Fett weg: Die von der Fernsehsendung erhobenen Anschuldigungen würden jeder Grundlage entbehren – so das Wochenblatt. Bis Ende Juni erschienen praktisch jede Woche neue Enthüllungen zum Fall Mörgeli in der Weltwoche, die in einem ziemlich penetranten Feldzug seine Widersacher zu widerlegen suchten.

Mörgeli selber reichte Anfang Mai 2014 Strafanzeige wegen Verleumdung gegen die "Rundschau" ein, der allerdings nicht stattgegeben wurde, weil die Frist für eine Anzeige bereits verstrichen war. Anfang Juni lag der Bericht der Bildungskommission des kantonalzürcherischen Parlaments vor, die mit der Untersuchung der Vorkommnisse an der Universität Zürich beauftragt worden war. Der Bericht warf Bildungsdirektorin und Universitätsratspräsidentin Regine Aeppli eine Überschreitung ihrer Kompetenzen vor. Sie habe die Entlassung Mörgelis persönlich beantragt. Den Führungsorganen der Universität wurde vorgeworfen, versagt und der Universität Zürich einen Imageverlust beschert zu haben. Dem damaligen Rektor Andreas Fischer wurde Führungsversagen attestiert. Gerügt wurde auch Kathy Riklin, die sich als Mitglied des Universitätsrates mit öffentlicher Kritik an Mörgeli unangemessen verhalten habe. Auch der ehemalige Chef Mörgelis, Beat Rüttimann wurde kritisiert. Er habe kaum Interesse am Medizinhistorischen Institut gezeigt und die Führung seines Mitarbeiters vernachlässigt. Sein Nachfolger, Florin Condrau, habe ein Institut vorgefunden, das nicht seinen Vorstellungen entsprochen habe und auch die Leistungen Mörgelis habe er von Beginn weg kritisiert, wobei seine Beanstandungen allerdings bei der Universitätsleitung nicht auf Gehör gestossen seien. Noch nicht abschliessend beurteilt wurde das Verhalten von Mörgeli selber sowie von der ebenfalls entlassenen Iris Ritzmann, die mit der Herausgabe von Interna an die Medien die Affäre ins Rollen gebracht haben soll. Beide hätten wohl ebenfalls Fehler gemacht, man wolle aber nicht

in laufende gerichtliche Verfahren eingreifen. Aepli wies die Anschuldigungen in der Folge vehement zurück.

Mitte August erhob die Berner Staatsanwaltschaft Anklage gegen Kathy Riklin wegen Amtsgeheimnisverletzung. Es solle untersucht werden, ob sie Ende September 2013 einem Journalisten Auskunft über den noch geheimen Expertenbericht über Mörgeli gegeben habe. Die Klage wegen Ehrverletzung und übler Nachrede, die Mörgeli gegen Riklin ebenfalls angestrebt hatte, wurde hingegen fallen gelassen. Riklin bezeichnete die Anschuldigungen als politisch motiviert. Anfang November wurde Riklin freigesprochen. Sie habe gar nicht über den nötigen Wissensstand verfügt, um eine Amtsgeheimnisverletzung begehen zu können, weil der Bericht zu besagtem Datum nur rudimentär bekannt gewesen sei – so das Gerichtsurteil. Mörgeli meldete Berufung an. Auch die von der Universität gegen den ehemaligen Angestellten angestrebte Klage wegen Amtsgeheimnisverletzung wurde Mitte November eingestellt. Mörgeli erhielt eine Genugtuung von CHF 8'289. Schliesslich wurde auch die Anklage gegen Iris Ritzmann Mitte Dezember erstinstanzlich mangels Beweisen abgewiesen. Der Staatsanwalt kündigte hier allerdings Berufung an.²³

ANDERES

DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

2015 war für die **SP** ein besonderes Jahr. Mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, Nationalratspräsident Stéphane Rossini (sp, VS) und Ständeratspräsident Claude Hêche (sp, JU) besetzten gleich drei SP-Mitglieder die **höchsten politischen Ämter**, was aufgrund der Rotation zwischen den Parteien bzw. den Ämtern allerdings Zufall ist.²⁴

ANDERES

DATUM: 31.12.2014
MARC BÜHLMANN

Bei der Betrachtung der Stimmempfehlungen der **SP** für die im Jahr 2014 stattfindenden Abstimmungen fällt die ausserordentliche parteiinterne Geschlossenheit auf. Bei praktisch keiner der 12 sozialdemokratischen **Parolenfassungen** gab es Gegenstimmen. An der Delegiertenversammlung in Malleray-Bévilard Ende März sagten die Genossen einstimmig Ja zur Mindestlohninitiative (117:0 Stimmen) und zur Hausarztmedizin-Vorlage (124:0 Stimmen). Die Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeuges (135:0 Stimmen) und die Pädophileninitiative (121:1 Stimmen) wurden deutlich zur Ablehnung empfohlen. Ende Juni trafen sich die SP-Delegierten zu ihrem Parteitag in Winterthur, wo sie ein einstimmiges Ja (231:0) für die Einheitskrankenkasse und mit 230 zu 1 Stimme ein Nein gegen die Gastro-Initiative beschlossen. Auch in Liestal fielen Ende Oktober alle Parolenfassungen einstimmig aus: Nein zur Ecopop- und zur Goldinitiative und Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Gegen die Masseneinwanderungsinitiative und die Abtreibungsinitiative hatten die SP-Delegierten bereits Ende Oktober 2013 in Baden ein einstimmiges Nein beschlossen. Ebenfalls ohne Gegenstimmen wurde damals die FABI-Vorlage zur Annahme empfohlen. Diese Geschlossenheit widerspiegelt sich im Umstand, dass es im Berichtsjahr bei der Parolenfassung keine einzige abweichende Kantonalsektion gab. Die SP war damit 2014 die einzige grössere Partei, bei der sich die Kantonalsektionen ausnahmslos hinter die nationale Mutterpartei stellten. Bei sieben der zwölf Vorlagen entsprach die SP-Parole dem Abstimmungsausgang – zusammen mit der SVP und der GP entsprach dies dem schlechtesten Wert bei den grösseren Parteien im eidgenössischen Parlament.²⁵

1) Medienmitteilung BR vom 1.2.2016; Medienmitteilung BR vom 11.11.2016; Medienmitteilung BR vom 13.5.2016; Medienmitteilung BR vom 2.9.2016; Medienmitteilung BR vom 25.8.2016; Medienmitteilung BR vom 5.2.2016; Medienmitteilung BR vom 7.11.2016; Medienmitteilung BR vom 9.5.2016; NZZ, 14.5., 26.8.16

2) Presse vom 26.10. (Briefzentren) und 9.12.02.

3) Presse vom 26.6.06. Zur Initiative gegen Kriegsmaterialexporte siehe auch BaZ, 22.6.06.

4) Presse vom 28.9. bis 13.10.10.

5) Presse vom 3.10.11.

6) Lit. BFS.; Presse vom 24.–26.10.11.

7) NZZ, 1.7. und 22.11.13.

8) NZZ, 4.3.13; SO, 12.5.13; WW, 16.5.13; NZZ, 1.7.13; Blick und TA, 15.8.13 (VOX); NZZ, 23.11.13

9) NZZ und AZ, 26.2.13; NZZ, 4.3., 9.3., 10.3., 12.3., 25.11. und 27.11.13; vgl. Lit. Juso und Denknetz.

10) SO, 17.11.13; NZZ, 29.11.13.

11) Blick und NLZ, 10.4.13; NZZ, 11.4. und 9.8.13; NZZS, 6.10.13; BaZ, 20.8. und 27.9.13; SoZ, 29.9.13; NZZ, 16.12.13.

12) TA, 30.1.14; LT, Lib, 31.1.14; Blick, 1.2.14; So-Bli, 2.2.14; TA, 5.2.14; LT, WW, 6.2.14; AZ, 7.2.14; LZ, 8.2.14; SoZ, 9.2.14; BZ, 7.6., 12.9.14; AZ, 13.9.14; AZ, BZ, NZZ, 15.9.14; SO, 28.9.14

13) SO, 23.2.14; NZZ, 24.2.14

14) NZZ, 17.3.14; BaZ, NZZ, TA, 18.3.14; SN, 15.12.14

15) LT, NZZ, 7.1.14

16) AZ, 13.5.14

17) NZZ, 30.6.14; Lib, 4.12.14

18) Blick, 2.7.14; NZZ, 25.10.14

19) SoZ, 14.9.14; NZZ, 15.9.14; WW, 17.9.14; LT, 2.10.14

20) WW, 5.11.14; Blick, 7.11.14; AZ, NZZ, 8.11.14; SO, 9.11.14; WW, 12.11.14; So-Bli, 23.11.14; Blick, 27.11.14; So-Bli, 28.12.14

21) Lit. Bühmann; SO, 30.11.14

- 22) NZZ, 30.6.14; AZ, 31.7.14; So-Bli, 24.8.14; NZZ, 2.12.14; TA, 13.12.14
23) WW, 2.1., 9.1., 23.1., 30.1., 6.2.14; WW, 9.4.14; WW, 16.4., 23.4., 30.4., 7.5.14; So-Bli, 11.5.14; WW, 4.6.14; SoZ, 8.6.14; AZ, 10.6.14; WW, 11.6., 25.6.14; SoZ, 17.8.14; WW, 3.9.14; Blick, 5.11.14
24) Blick, 14.11.14; NZZ, 4.12.14
25) www.sp-ps.ch; NZZ, 31.3.14; So-Bli, 29.6.14; NZZ, 30.6.14; BaZ, 27.10.14